

Aufforderungen zu Hilfeleistungen kontaktiert werden sollte, stand im einzelnen fest. Auch mögliche Verbindungsleute zu Untergrundorganisationen hatten die AA-Detektive ausfindig gemacht.

Nach Schema benachrichtigte Scheel letzten Freitag zunächst den Bundeskanzler. Scheel zu Brandt: „Es ist etwas Furchtbares passiert. Unsere Sicherheitsvorschriften haben nicht ausgereicht.“

Dann beorderte der Außenminister die 20 Krisenstäbler seines Amtes ins Lagezentrum im sechsten Stock des Hochhauses an der Bonner Wörthstraße. Zugleich bat Adlatus Guido Brunner noch zur Nachtzeit Brasiliens Botschafter Sergio Armando Frazao ins AA, und Scheels Personalchef Hoppe stellte für seinen Boß Verbindungen mit Rio her.

Bonns Gesandter in Rio bestätigte dem Minister, daß sich Ehrenfried von Holleben pedantisch an die „Standing Order“ des AA für seine Sicherheit gehalten habe. Aber, so Roehrig, „die Revolutionäre schrecken vor nichts zurück“.

Wie bereits bei der Verschleppung des US-Botschafters in Brasilien (im September 1969) und des japanischen Generalkonsuls in São Paulo (im März dieses Jahres) wollen die Kidnapper offenbar auch mit ihrer jüngsten Aktion die Welt auf die immer schärfere Repression des brasilianischen Militärregimes aufmerksam machen.

Schritt für Schritt haben die Generale — derzeit ist Kavallerie-General Emilio Garrastazú Méndez Präsident — seit ihrer Machtergreifung 1964 dem Land die härteste Diktatur Südamerikas aufgezwungen. 12 000 politische Häftlinge sitzen nach den Angaben der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen in den Gefängnissen des Militärregimes.

Systematisch foltern politische Polizei und die Geheimdienste von Marine, Heer und Luftwaffe alle, die auch nur in den Verdacht regierungsfeindlicher Betätigung geraten; selbst Frauen und Kinder werden zu Geständnissen geprügelt.

Die Kenntnis brasilianischer Verhältnisse veranlaßte Scheel, nach den offiziellen Kontakten mit der Regierung in Brasilien auch geheime Verbindung zu möglichen Mittelsmännern aufzunehmen. Hilfreiche Drähte zu den Untergrund-Organisationen vermutete das AA im nordbrasilianischen Recife und in Bonn: bei dem katholischen Erzbischof Helder Pessoa Câmara, der wegen seiner sozialreformistischen Ideen als Kommunist verdächtigt wird, und bei dem brasilianischen Deutschland-Korrespondenten Mauro Santayana. Den Kirchenmann trieben die AA-Fahnder in Paris, den Presse- und Journalist in Bonn, Endericher Straße 12, auf.

Bonns neuer AA-Staatssekretär Paul Frank verglich seine Krisenaktivität mit der seines Amtsvorgängers Duckwitz im Guatemala-Fall: Das Auswärtige Amt könne „diesmal mit gutem Gewissen sagen“, alle hätten „das Menschlich-Mögliche getan“.

OSTPOLITIK

Ideales Paket

Vor den Erfolg haben Bonns Ostpolitiker sich selbst ein Hindernis gesetzt.

Als die Gespräche mit Moskau und Warschau unterschriftsreife Verträge erwarten ließen, rieten außenpolitische Analytiker im Palais Schaumburg dem Bundeskanzler zur Härte. Nach Meinung dieser Experten hat die Sowjet-Union die Bonner Unterschrift bislang nicht ausreichend honoriert.

Konzessionen erwartet die Bundesregierung bei einem Problem, für das sie selber gar keine Verhandlungskompetenz hat: bei der Sicherung des Status von West-Berlin, der in die Zuständigkeit der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs fällt.

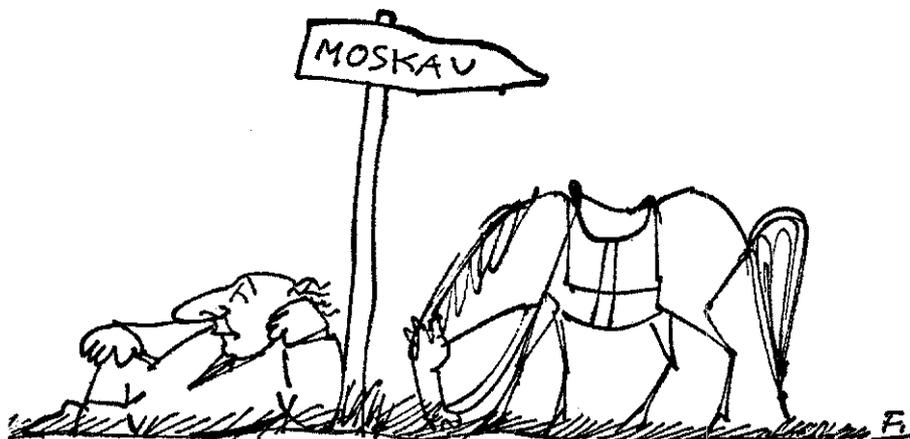
Der Kanzler stellte deshalb ein „ideales Paket“ (Brandt) zusammen:

Gesprächen, die seit dem 26. März im West-Berliner Kontrollrats-Gebäude geführt werden, zeigte sich Moskaus DDR-Botschafter Abrassimow spröde.

Zugestanden hat Abrassimow bislang seinen drei westlichen Kollegen — den Bonn-Botschaftern Kenneth Rush (USA), Roger Jackling (Großbritannien) und Jean Sauvagnargues (Frankreich) — lediglich, daß bis zum Herbst dieses Jahres 160 Telefonleitungen zwischen beiden Teilen Berlins geschaltet werden; dann kann der seit 18 Jahren lahmgelegte innerstädtische Fernspreerverkehr wieder in Gang kommen.

Außer rein technischen Verbesserungen dieser Art erwartet Bonn aber vor allem, daß Moskau über die Sicherung der Zufahrtswege mit sich reden läßt sowie die Finanz-, Rechts- und Wirtschaftseinheit West-Berlins mit der Bundesrepublik anerkennt.

Über eine allgemeine Zusicherung, daß es nicht mehr zu krisenhaften Zu-



Pausierender Avantgardist

Die Zeit

Gleichzeitig sollen Abkommen mit der Sowjet-Union, Polen, der Tschechoslowakei und der DDR sowie Berlin-Vereinbarungen der vier Mächte erreicht werden, dazu gegebenenfalls noch ein Sondervertrag zwischen Bonn und der DDR über die Zufahrtswege nach West-Berlin.

Alle diese Abkommen und Vereinbarungen sollen bis zum nächsten Frühjahr abgeschlossen sein und — von den alliierten Berlin-Regelungen abgesehen — in einem gemeinsamen Ratifizierungsgesetz dem Bundestag vorgelegt werden. Um den Zusammenhang zwischen der Verständigung Bonns mit Ost-Europa und der Sicherung West-Berlins deutlich zu machen, soll der alliierte Berlin-Akkord in der Begründung des Ratifizierungsgesetzes zusätzlich erläutert werden.

Noch freilich ist nicht erwiesen, daß eine solche Berlin-Abrede überhaupt erreichbar ist. Zwar glaubt Bonns Moskau-Unterhändler Egon Bahr bei seinen Gesprächen mit Sowjet-Außenminister Gromyko Anzeichen für russisches Entgegenkommen bemerkt zu haben, doch bei den Vierer-

spitzungen in und um Berlin kommen sollte, haben sich die vier Botschafter bereits verständigt. Damit aber will sich Brandt nicht zufriedengeben: „So unpräzise reicht mir das nicht.“ Überdies besteht Bonn darauf, West-Berlin im Ausland und später auch in der Uno zu vertreten.

Die Uno-Bedingung könnte bald Bedeutung erlangen. Denn ein Ergebnis der Bahr-Verhandlungen hat Brandt bislang unter Verschuß gehalten: Bonn und Moskau haben sich in einer Protokoll-Notiz auf die gemeinsame Aufnahme der Bundesrepublik und der DDR in die Uno geeinigt.

Zu Beginn seiner Gespräche mit Gromyko hatte Bahr erreichen wollen, daß Moskau gegenüber Bonn die „gewachsenen Verbindungen“ West-Berlins ausdrücklich respektiere.

Die Sowjets konterten mit der Forderung, dann müsse Bonn aber auch die Endgültigkeit der Grenzen West-Berlins anerkennen. Dies mochte Brandt, ehemals Regierender Bürgermeister von Berlin, nicht akzeptieren und wies Bahr an, das Thema fallen-

zulassen. Brandt: „Dann hätten wir die Mauer anerkannt, das ist nicht drin.“

Des Kanzlers Ostberater entwickelten eine neue Berlin-Strategie, die Bahr seinem Moskauer Partner Gromyko, die drei westlichen Botschafter ihrem sowjetischen Kollegen Abrassimow erläuterten: Nur nach einer befriedigenden Vier-Mächte-Abmachung über Berlin sehe sich Bonn zu einem Gewaltverzichtsvertrag mit Moskau imstande.

Unterhändler Bahr über den Zusammenhang zwischen Berlin-Status und Gewaltverzicht: „Es muß politisch völlig klar sein, daß von einer Entspannung in Europa nicht die Rede sein kann, solange nicht die Situation in und um Berlin befriedigend geregelt ist.“

Was Brandt und sein Berater diplomatisch locker formulierten, verfestigte Außenminister Walter Scheel ohne Not und ohne Rücksprache mit seinem Regierungschef. Bei einem Besuch in Tokio ließ Scheel seinen japanischen Kollegen Aichi am 14. Mai wissen: Es „kann mit niemandem ein Vertrag über Grenzen oder Integrität geschlossen werden“, solange „die Berlin-Frage nicht gesichert ist und die gewachsenen Verbindungen zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik nicht durch Verträge geregelt sind“.

Damit erläuterte Scheel eine Berlin-Regelung zur Vorbedingung nicht nur eines Gewaltverzichtsvertrags mit Moskau, sondern auch mit jedem anderen Ostblockstaat.

Bliebe Scheels Junktim bestehen, so könnte es die Bonner Ostdiplomatie in eine Sackgasse führen. Denn weder Warschau noch Prag würden Verständnis dafür haben, daß die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze oder die Annullierung des Münchner Abkommens durch Bonn von einem Berlin-Arrangement der Amerikaner, Briten, Franzosen und Russen abhängen sollte.

Brandts Polen-Politik geriete zuerst in Schwierigkeiten. Denn bei der vierten Gesprächsrunde zwischen AA-Staatssekretär a. D. Georg Ferdinand Duckwitz und dem polnischen Vize-Außenminister Józef Winiewicz zeichnete sich letzte Woche ab, daß Bonn und Warschau über die Grenzfrage einig werden könnten, längst ehe die Berlin-Runde in ein entscheidendes Stadium getreten ist.

Winiewicz gab in Bonn zu erkennen, daß seine Regierung bereit ist, die im April von Duckwitz in Warschau vorgelegte deutsche Grenzformel zu akzeptieren. Danach würden beide Staaten feststellen, „daß die Oder-Neiße-Linie die Westgrenze Polens ist“ und Bonn die Integrität des polnischen Territoriums künftig „achten“ wird.

Durch einen Hinweis auf „bestehende Verträge“ macht die Bundesregierung deutlich, daß sie nicht souverän genug ist, vor einem Friedensvertrag neue Grenzen endgültig anzuerkennen.

Das polnische Entgegenkommen war durch die Generalklausel über die „Achtung“ der territorialen Integrität aller Staaten in Europa und die Un-

KIEL IST KONTRAZEPTIV

SPIEGEL-Reporter Hermann Schreiber über Gerhard Stoltenberg

Es gibt Pointen, die sind gar keine. Eine davon ist Stoltenbergs Abgang nach Kiel. Das liegt weniger am Abgang als an Stoltenberg.

Denn Gerhard Stoltenberg ist mit Haut und Haaren ein Nordmensch: so ungeheuer blauäugig im Wesen und irgendwie zu gerade für Europens übertünchte Höflichkeit, wie sie im Bonner Hinterhalt nun mal der Brauch ist. Da oben aber, in der meerumschlungenen Scholle, sind die wahren Wurzeln seiner Kraft.

Er hat, was dem Ministerpräsidenten Lemke längst abhanden gekommen ist: zumindest das Image der Effektivität. Und verglichen mit Lemkes Manier, seinen „liem schleschollscheinschn Lannseuten“ im Vorübergehen vermittels verschiedener Brummtöne großväterliches Wohlwollen zu bekunden, hat Stoltenberg als Redner mindestens die mittlere Druckreife.

Außerdem haben ihm die Kieler Parteifreunde, die er bei den Landtagswahlen 1971 vor einem Machtwechsel bewahren soll, Umfrage-Ergebnisse unter die Nase gehalten, denen zufolge Stoltenberg als einziger Politiker in Schleswig-Holstein genauso bekannt ist wie der Landesvater Lemke; rund 80 Prozent der Bevölkerung wissen, wer er ist, während selbst unter den SPD-Anhängern nur rund 50 Prozent seinen künftigen Kontermann Jochen Steffen kennen.

Aber zum „Strauß des Nordens“ (Jochen Steffen) wird Stoltenberg wohl nicht werden. So rechts ist er gar nicht, er wirkt bloß so. Er könnte das kommunistische Manifest vorlesen und würde dennoch den Eindruck hinterlassen, eine konservative Rede gehalten zu haben. Graublond wie er selber ist auch seine Theorie. Das pseudopolitische Grundmuster der CDU ist hineingewoben: Aufhebung der Konflikte durch guten Zuspruch.

Auch unter einem Krupp-Direktor stellt man sich etwas anderes vor. Stoltenberg offenbart da eher einen gewissen Nachholbedarf. Es kann wohl vorkommen, daß er seinen Dienstwagen mit Fahrer über hundert und mehr Kilometer schickt, um einen vergessenen Schirm zu holen. Andererseits verschmähert er Oberhemden nicht, die dort, wo der feine Mann sein Monogramm anbringen läßt, nur über eine schwarze Rose verfügen. Und zumindest für Ästheten haben seine Tischsitten, wie seine Hände, etwas faszinierend Ungepflegtes.

Überhaupt erinnert er immer ein bißchen an das „hölzerne Bengel“, dessen großer Bruder er sein könnte — nur daß er halt nicht aus Rebenholz ist wie der pokulierende Diadoche Helmut Kohl aus Mainz. Aber in Kiel ist man ohnehin mehr für deutsche Eiche.

Knorrig freilich ist Gerhard Stoltenberg noch nicht. Und nie hat er seine Jugendlichkeit (ganze 41 Lenze) so dankbar als Vorzug empfunden wie eben jetzt: Torschlußpanik ist nicht sein Problem. Er hat viel Zeit, selbst noch nach 1973. Er verläßt Bonn, wie eine Zwanzigjährige einen Liebhaber verläßt: Man muß ja nicht gleich ans Heiraten denken. Lieben läßt sich derweil auch anderswo, und passieren wird schon nichts. Kiel ist für Stoltenberg kontrazeptiv.

Bonn hingegen ist auf absehbare Zeit einfach unfruchtbar. Als Antischiller ist Stoltenberg schon deshalb keine optimale Besetzung, weil er den kühlen Karl viel zu gut leiden mag. Und wenn es auf Hauen und Stechen geht, mit konstruk-



Bonn-Abwanderer Stoltenberg
So ungeheuer blauäugig

tivem Mißtrauensvotum und Regierungssturz, hat im Augenblick doch nur Barzel ernsthaft Kanzler-Chancen. Wenn es aber länger dauert mit dem Regierungssturz (und das glaubt nicht nur Stoltenberg), dann lebt es sich für den Nachwuchs solange viel angenehmer auf dem Lande; vom Regieren ganz zu schweigen.

Und zum Opponieren geht Stoltenberg ja nicht nach Kiel. Das ist bei ihm, meint er, anders als bei Heinrich Köppler, der Bonn mit Düsseldorf vertauscht hat: Der sei von vornherein darauf programmiert worden, gegebenenfalls auch den Oppositionsführer in Nordrhein-Westfalen abzugeben. Diese Order aber mußte Stoltenberg von der Partei erst noch gegeben werden.

Apropos: Ein Krupp-Direktor verdient, nach SPD-Schätzungen, um die 200 000 Mark im Jahr, der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein immerhin noch 100 400. Der Oppositionsführer, den die Kieler besolden, kriegt bloß 40 000.

verletzlichkeit der Grenzen vorbereitet worden, die Bahr in Moskau ausgehandelt und in einem vier Punkte und sechs „Protokollnotizen“ umfassenden Papier mit nach Bonn gebracht hatte. Darin hatte auch die Sowjet-Union die beschränkte Souveränität der BRD in Grenzfragen bestätigt.

An einer raschen Einigung mit Polen liegt dem Kanzler so viel, daß er dafür sogar den Berlin-Vorbehalt aufgeben würde. In der Kabinettsitzung am letzten Donnerstag warnte Willy Brandt seine Minister vor einem „zu strengen Junktim“. Sein neuer Plan: Ein Abkommen mit Polen könne durchaus vorweg unterschrieben und auch ratifiziert werden.

Der schwierigste Partner seiner Ostpolitik, die DDR, soll nach Brandts Vorstellung die Ratifizierung der übrigen Verträge nach einem befriedigenden Berlin-Agreement nicht verzögern können. Dafür will der Kanzler sein Ideal-Paket notfalls erneut aufschürren: Ein Abkommen mit Ost-Berlin könnte nachgeschoben werden.

Noch allerdings ist fraglich, ob des Kanzlers knappe Zwölf-Stimmen-Mehrheit im Bundestag für die Ratifizierung der Ost-Verträge überhaupt ausreicht. Die CDU/CSU-Opposition könnte Bedenken anmelden, ob die Verträge im Einklang mit dem Grundgesetz stehen.

Nach Artikel 79 der Verfassung ist „bei völkerrechtlichen Verträgen, die eine Friedensregelung (oder) die Vorbereitung einer Friedensregelung... zum Gegenstand haben“, eine sogenannte Klarstellungsklausel vorgesehen, in der erklärt wird, die Bestimmungen dieser Verträge seien verfassungskonform. Für diese Klausel — von Konrad Adenauer einst erfunden, um die Wiederbewaffnung ohne einschneidende Verfassungsänderungen durchsetzen zu können — ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Die Bundesregierung wäre also auf die Stimmen der Opposition angewiesen.

Mit Hilfe von Artikel 79 hofft die Christenunion, Brandts Ostpolitik blockieren zu können. CDU/CSU-Fraktionseinspeitscher Will Rasner freilich hat sich den Kopf der Regierung zerbrochen und weiß, wie die sozialliberale Koalition die Hürde nehmen kann: Werden Gewaltverzicht und Grenzgarantie im selben Vertragsartikel geregelt, die Grenzbestätigung somit zum Bestandteil des Gewaltverzichts herabgestuft, dann sei das Verfassungsgebot nicht berührt.

Sollten hingegen Gewaltverzicht und Grenzgarantie getrennt voneinander in zwei Vertragsartikeln erscheinen, so sei zumindest die Grenzgarantie eine „Vorwegnahme friedensvertraglicher Regelungen“.

Das weiß auch Willy Brandt. Er hofft auf russische Konzilianz bei einer Neuformulierung des Bahr-Gromyko-Papiers, das in seiner gegenwärtigen Fassung eine gesonderte ausführliche Grenzgarantie vorsieht.

Ein Kanzlerberater: „Die in 45 Moskauer Verhandlungsstunden erzielte vertrauensvolle Atmosphäre läßt keinen Zweifel daran, daß Herr Gromyko unseren Formwunsch erfüllen wird.“

CDU-KLAGE

Elfter Wacholder

Bonns jüngster politischer Skandal ist 100 000 Mark wert. Zu diesem Streitwert klagte die Christlich-Demokratische Union am Dienstag letzter Woche gegen Bundeskanzler Willy Brandt.

Kernpunkt der dreiseitigen Klageschrift, über die am 10. Juli, 12.00 Uhr, im Bonner Landgericht, Saal 130, unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Karl-Ernst Dickescheid verhandelt wird: „Dem Beklagten unter Androhung der höchst zulässigen Geld- oder Haftstrafe“ die Behauptung zu untersagen, „die Führung der CDU und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hätten versucht, die Industrie zu besonderer Härte gegenüber Lohnforderungen zu



SPD-Geschäftsführer Wischniewski
„Unser Zeuge steht“

veranlassen, um aus wahltaktischen Gründen noch vor dem 14. 6. 1970 wilde Streiks zu provozieren.“

Der beklagte Brandt jedoch will Zeugen dafür benennen, daß ein hochgestellter CDU-Politiker in privatem Zirkel mindestens einen deutschen Industrie-Boß zur Provozierung wilder Streiks animiert habe. SPD-Bundesgeschäftsführer Hans-Jürgen Wischniewski: „Unser Zeuge steht.“

Zu besorgen steht indes, daß auch Landgerichtsdirektor Dickescheid wenig Licht in jene Affäre bringen wird, mit der Willy Brandt am Mittwoch vorletzter Woche vor Betriebs- und Personalräten in Bielefeld den Landtagswahlkampf zu einem solennen Höhepunkt getrieben hatte. Der Kanzler zu der angeblichen CDU-Intrige: „Ich halte das für höchst bedenklich und verwerflich. Ich weiß, wovon ich spreche.“

Die Nachricht hatte ihm der Presse-Referent beim SPD-Vorstand, Albrecht Müller, auf einem Din-A 4-Blatt über Bundesgeschäftsführer Wischniewski zugeleitet. Schon tags darauf, am vorletzten Donnerstag, mußte der Kanzler vor dem Bundestag in Bonn den Rückzug antreten: „Meine Quelle ist ein fundierter Vermerk der Bun-

desgeschäftsführung meiner Partei.“ Vor den Fernsehkameras empörte sich CDU/CSU-Fraktionsführer Rainer Barzel mit gut geöltem Pathos: „Dieser Mann auf Adenauers Stuhl! Das ist erschütternd zu sehen.“

Seither ruhen Vermerk und angebliche Beweisstücke in einem grünen Aktendeckel, den Referent Müller Tag und Nacht mit sich führt, aber nicht zu öffnen bereit ist. Statt dessen nebelte sich die SPD ein. Wischniewski

▷ berichtete von einem Verschwörer-Treff, bei dem die CDU/CSU-Politiker Barzel und Stücklen Industrielle dazu animiert hätten, noch vor der Wahl eine Preishysterie zu entfachen, mußte sich jedoch vorhalten lassen, daß nicht Stücklen, sondern Stoltenberg teilgenommen hatte und daß dabei über wilde Streiks überhaupt nicht gesprochen worden war;

▽ bot einen Informanten an, der „wegen seiner beruflichen Stellung“ nicht öffentlich aussagen könne;

▽ benannte schließlich den nordrhein-westfälischen CDU-Spitzenkandidaten Heinrich Köppler als Kronzeugen, der im Wahlkampf behauptet hatte, die Sozialdemokraten hätten ihre Kenntnis offenbar über Abhörgeräte erlangt; also — so Wischniewski — müsse an den Verdächtigungen doch etwas dran sein.

Schließlich ließ Geheimnisträger Müller die Namen zweier Gesprächspartner auf, die an der inkriminierten Runde beteiligt gewesen sein sollten: CDU/CSU-Fraktionschef Rainer Barzel und Fritz Berg, der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI).

An ein solches Tête-à-tête können sich beide Herren freilich nicht erinnern. Barzel: „Es hat nie ein solches Gespräch mit Herrn Berg über ein solches Thema gegeben.“ Berg: „Die ganze Geschichte ist erfunden.“

Arbeitgeberverbands-Kollege und SPD-Sympathisant Otto A. Friedrich, Flick-Teilhaber aus Düsseldorf, assistierte: „Es wäre eine Dummheit, wilde Streiks zu provozieren. Die CDU müßte ja auf den Kopf gefallen sein, das von den Unternehmern zu verlangen.“

Daß einzelne CDU-Politiker sich trotzdem mit einem derart desperaten Hilfeersuchen an die Industrie gewandt haben, ist freilich nicht auszuschließen. Über die Mentalität führender Christdemokraten mutmaßt Industriekenner und SPD-Finanzminister Alex Möller: „Im Grunde genommen wünschen sie das ja. Und in privaten Gesprächen kann dem einen oder anderen schon mal der Gaul durchgegangen sein.“

Auch Berg-Berater Professor Walter Herrmann, Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des BDI, schließt christdemokratische Aktivität in privaten Zirkeln nicht ganz aus: „Sicher ist das Ganze keine Seifenblase. Ich könnte mir schon Kränzchen denken, wo so was gesprochen worden ist — aber erst beim elften Wacholder.“